

Antrag

Hannover, den 12.05.2026

Fraktion der CDU

Pflege stärken - Rehabilitationseinrichtungen als Ausbildungsorte etablieren

Der Landtag wolle beschließen:

EntschlieÙung

In Deutschland verschärft sich der Mangel an Pflegekräften zunehmend. Besonders in Niedersachsen stellt der wachsende Personalbedarf eine erhebliche Herausforderung dar. In den kommenden zehn Jahren wird voraussichtlich jede fünfte Pflegekraft altersbedingt aus dem Beruf ausscheiden.¹ Parallel dazu nimmt die Zahl pflegebedürftiger Menschen stetig zu. Diese Entwicklungen verschärfen die Versorgungslage. Um dieser Entwicklung wirksam zu begegnen, bedarf es einer grundlegenden Reform der Pflegeausbildung. Ziel muss es sein, bestehende Ressourcen gezielter zu nutzen und bisher ungenutzte Potenziale einzubeziehen. Ein solches Potenzial bieten die rund 1 000 medizinischen Rehabilitationseinrichtungen in Deutschland, in denen etwa 21 000 Pflegevollkräfte beschäftigt sind.² Medizinische Rehabilitationseinrichtungen sind gemäß § 7 des Pflegeberufgesetzes bislang nicht als Träger für die praktische Pflegeausbildung zugelassen. Dieser Ausschluss gilt unabhängig von der fachlichen Qualifikation, der personellen Ausstattung oder den strukturellen Voraussetzungen, die viele dieser Einrichtungen in hohem Maße erfüllen. Trotz ihrer unbestrittenen Eignung bleibt es ihnen verwehrt, selbst Pflegefachkräfte auszubilden. Stattdessen sind sie gezwungen, qualifiziertes Personal aus Krankenhäusern oder stationären Pflegeeinrichtungen abzuwerben.³ Diese Situation verschärft den bestehenden Fachkräftemangel und setzt das Gesundheitssystem einem zunehmenden Konkurrenzdruck aus.

Vor diesem Hintergrund fordert der Landtag die Landesregierung auf,

1. Rehabilitationseinrichtungen systematisch verstärkt in die Landespflegeplanung und die Strategien zur Fachkräftesicherung einzubeziehen,
2. eine Bundesratsinitiative zu starten, um die Gleichstellung von Rehabilitationseinrichtungen mit stationären und ambulanten Pflegeeinrichtungen im Pflegeberufgesetz zu verankern und damit die Attraktivität des Pflegeberufs zu steigern,
3. sicherzustellen, dass auch Rehabilitationseinrichtungen finanzielle Ressourcen für die Pflegeausbildung erhalten, um ihre Ausbildungskapazitäten nachhaltig auszubauen,
4. die Erhöhung der maximal möglichen Ausbildungsstunden in Rehabilitationseinrichtungen auf mindestens 160 Stunden zu unterstützen, um sie als strukturell gleichwertige Ausbildungsorte zu etablieren,
5. sich auf Bundesebene dafür einzusetzen, dass Rehabilitationseinrichtungen künftig als Träger der praktischen Pflegeausbildung zugelassen werden können.

Begründung

Die aktuelle Gesetzeslage verhindert die Nutzung vorhandener Ausbildungskapazitäten und lässt wertvolle Ressourcen ungenutzt. Dabei wäre das Potenzial der Rehabilitationseinrichtungen enorm. Ihre Beteiligung an der praktischen Pflegeausbildung könnte nicht nur zur Entlastung der überlasteten Ausbildungsträger beitragen, sondern auch neue Impulse für eine praxisnahe, interdisziplinär ausgerichtete Ausbildung setzen. Gerade in strukturschwachen oder ländlichen Regionen könnten

¹ <https://www.aerztezeitung.de/Wirtschaft/WHO-Luecke-bei-Pflegekraeften-nimmt-etwas-ab-458342.html>

² <https://www.bdpc.de/themen/rehabilitation-pflege/positionspapiere>

³ https://www.rehamachtsbesser.de/reha-kliniken-wollen-ausbilden/?utm_source=chatgpt.com

durch eine Öffnung der Ausbildungslandschaft zusätzliche Plätze entstehen, was langfristig zur Stärkung der regionalen Versorgung beitrüge. Darüber hinaus würde eine systematische Einbindung des rehabilitativen Sektors die Vielfalt pflegerischer Ausbildungsorte erweitern und die Attraktivität des Berufsfeldes insgesamt erhöhen. Auszubildende erhielten die Möglichkeit, ein umfassenderes Verständnis des Pflegeprozesses zu entwickeln, das die gesamte Versorgungskette, von der Akutversorgung bis zur Nachsorge, abbildet. Dies stärkt nicht nur die Ausbildungsqualität, sondern auch die berufliche Identifikation und Perspektive der künftigen Fachkräfte. Angesichts der demografischen Entwicklung und des wachsenden Pflegebedarfs ist es dringend geboten, die Ausbildungskapazitäten genau dort zu erweitern, wo Erfahrung, Engagement und Infrastruktur längst vorhanden sind. Wer der Pflege eine stabile Zukunft sichern will, darf sich nicht an überholte Strukturen klammern, sondern muss den Weg für eine moderne, bedarfsgerechte Pflegeausbildung im Interesse der Auszubildenden, der Einrichtungen und vor allem der Patientinnen und Patienten ebnen.

Carina Hermann
Parlamentarische Geschäftsführerin

(verteilt am 13.05.2026)